

Der Landrat verwies auf den im Zuge des 2. Nachtrags vom 05.12.2013 noch versandten gemeinsamen Antrag der CDU- und GRÜNE-Kreistagsfraktionen vom 05.12.2013, einen Antrag auf Einrichtung eines Kommunalen Integrationszentrums vorzubereiten. Die Kreisdirektorin habe bereits mit den Bürgermeistern in den letzten Monaten mehrere Gespräche geführt. Hier sei kein konkreter Gegenvorschlag mehr vorgelegt worden. Deshalb habe man diesen Bericht und diese Empfehlung entsprechend vorlegen müssen.

Abg. Solf dankte der Verwaltung für die umfangreiche Vorlage. Wenn man diese dann allerdings durchgearbeitet habe, komme ihm der Begriff des „Fremdschämens“ in den Kopf. Inzwischen hätten 47 der 54 Kreise und kreisfreien Städte in NRW dem integrationspolitischen Konzept zugestimmt. Und jeder wisse, dass im Landtag eineinhalb Jahre lang auf ein einvernehmliches Integrationsgesetz zwischen allen Fraktionen, zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaften und den drei kommunalen Spitzenverbänden des Landes hingearbeitet worden sei. Und dann gebe es jetzt einige wenige Bürgermeister des Rhein-Sieg-Kreises, die nach wie vor Bedenken hätten. Wenn jemand Bedenken habe, dass gewachsene integrationspolitische Strukturen dadurch tangiert würden, so sei er gerne bereit, mit ihm in aller Fairness darüber zu reden. Wenn aber grundsätzlich nicht so recht an diese Frage heran gegangen werde, dann sei er darüber traurig, zumal jeder wisse, dass in der Integrationspolitik viele Lippenbekenntnisse abgegeben worden seien und hier noch unheimlich viel getan werden müsse. Zudem wisse jeder, dass die Gelder des Landes auf die Teilnahme an dem KIZ-Programm beschränkt würden. Deshalb wolle er die Kreisverwaltung ermutigen, noch einmal zügig mit den Kommunen im Hinblick auf eventuell hier vor Ort tangierte Strukturen zu sprechen, damit dies dann noch eingearbeitet werden könne.

Abg. Deussen-Dopstadt unterstrich die Ausführungen ihres Vorredners. Soweit man sich nicht für die kommunalen Integrationszentren entscheide, würden die beiden bisherigen Fördertöpfe - KOMM IN NRW und die regionalen Arbeitsstellen (RAA) - auch nicht mehr zur Verfügung stehen. Gerade die Familien mit Zuwanderungsgeschichte hätten sich als sehr sensibler Politikbereich herausgestellt, die Armut sei bei dieser Gruppe am größten. Und die Folge von Armut erfahre man gerade auf allen unterschiedlichen Feldern der Sozial- und Schulpolitik. Es seien gerade Förderschulen, in denen ein übergroßes Klientel von Kindern mit Zuwanderungsgeschichte sei. D. h., man gehe mit einem solchen Integrationszentrum kreispolitisch an eine Schnittstelle für viele Bereiche, wo man eben auch für den Kreis Auswirkungen habe. Sie halte es auch für sinnvoll, dass der Kreis hier ein Angebot vielleicht gerade an die Kommunen mache, die sich bisher gar nicht auf den Weg begeben hätten und vielleicht hierdurch Impulse bekämen. Aus ihrer Sicht wäre es sinnvoll, wenn es eine übergeordnete Stelle gäbe, die sich auch z. B. mit dem Nichtfunktionieren von eingerichteten Integrationsräten auseinandersetze, hier Hilfestellung leiste, an die Ursachen herangehe und vielleicht auch an andere Konzeptionen zu denken. Sie sehe also übergeordnete Themen, die unabhängig von den existierenden kommunalen Errungenschaften eine Aufgabenstellung für diese kommunalen Integrationszentren böten. Deshalb halte sie es für sehr sinnvoll, wenn man sich nachhaltig als einer der letzten Kreise nun auch auf den Weg mache, dies zu beantragen.

Abg. Hartmann erinnere an die Debatten zu dieser Thematik im Kreisausschuss. Nicht zuletzt auch auf Initiative seiner Fraktion habe man sich hier gemeinsam noch einmal auf den Weg gemacht, dies gemeinde- oder stadtdgenau zu hinterfragen, insbesondere, ob hier ein Benehmen zwischen Bürgermeistern und Landrat hergestellt oder dies wirklich im Rat diskutiert worden sei und ob man dem Ziel so beitreten möchte, wie der Kollege Solf dies dargestellt habe, oder mit eigenen spezifischen Ideen und Ansätzen. Als besseres Signal hätte er aber eine gemeinsame Initiative aller Fraktionen betrachtet, zumal man sich über das Ziel und das Vorgehen einig

gewesen sei. Hier hätte die Chance für ein eindeutiges Signal aller Fraktionen im Kreistag bestanden, dieses Ziel zu befürworten und dies partei- und fraktionsübergreifend zu wollen. Dies sei verpasst worden, was er ausdrücklich bedaure. Hier hätte man in aller Deutlichkeit noch mal signalisieren können, wie einmütig das auf Kreisebene gesehen werde. Nun könne man das nachträglich nur noch nachholen und dem beitreten, was schade sei.

Für Abg. Dr. Lamberty ging die Unterstellung gegenüber den Bürgermeistern, die sich vielleicht etwas kritisch geäußert hatten, sie wollten keine Integration, zu weit. Wenn er das richtig verstanden habe, habe die Sorge bestanden, dass hier Doppelstrukturen und Doppelfinanzierungen eingerichtet würden, die nicht sein müssten. Deshalb müsse eine einvernehmliche Lösung mit den Bürgermeistern gesucht werden. Insofern sei es richtig, dass man die Diskussion in den Räten noch einmal aufnehmen müsse. Nach seiner Kenntnis sei dies in den Räten nicht so eingehend diskutiert worden, wie es wünschenswert wäre. Deshalb habe man hier Nachholbedarf, der schnellstens erledigt werden sollte. Seine Fraktion stimme dem grundsätzlich zu und halte dies für eine hervorragende Idee. Man müsse aber schauen, wie man sie konkret umsetze und habe daher noch Beratungsbedarf. So würde er gerne die Meinung seiner Ratskollegen in den Städten und Gemeinden vorab einholen.

Abg. Solf konnte hier weiteren Beratungsbedarf ebenso wenig nachvollziehen wie eventuelle Probleme mit den Mehrausgaben von 60.000,- € Auch habe die Kreisdirektorin den Bürgermeistern alle bisherigen Gespräche und Einmütigkeiten, die hier im Kreistag herrschten, mitgeteilt. Tatsache sei, dass CDU- und GRÜNE-Kreistagsfraktionen zusammen gekommen seien, darüber beraten und beschlossen hätten, nun ein deutliches Zeichen nach draußen setzen zu wollen.